

## **Politische Klugheit im Naturschutz**

**Prof. Dr. Hubert Weiger**

1913 wurde im bayerischen Innenministerium der BUND Naturschutz in Bayern e.V. (BN) gegründet. Anlässlich seines 100 jährigen Jubiläums hat der Verband seine Geschichte 2013 von drei renommierten, unabhängigen Umwelthistorikern aufarbeiten lassen. Dabei kam zu Tage, dass der BN im Dritten Reich - neben bedeutenden Leistungen wie dem Einsatz für große Schutzgebiete - auch eine dunkle Seite hatte: der Verband war nicht nur gleichgeschaltet, sondern führende Mitglieder waren auch aktiv für das Regime tätig. Zentrale Ergebnisse der Untersuchungen sind: Die meisten Naturschützer waren keine aktiven Demokraten gewesen. Widerstand gegen die NS-Herrschaft und ihre Verbrechen leisteten offenbar nur Einzelpersonen. Der BN als Organisation war nie regimefeindlich oder gar widerständig, im Gegenteil bot er – Zitat der Umwelthistoriker – „eine Gelegenheit, bürgerliches Freizeitverhalten mit regimetreuem politischem Engagement zu verbinden. Damit stand der BN nach 1933 nicht allein, sondern bewegte sich im Mainstream der deutschen Gesellschaft. Anders wäre das Funktionieren der NS-Herrschaft nicht zu erklären, das neben dem Terror gegen ausgegrenzte politische und soziale Gruppen eben auch auf der Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit beruhte. Die Widerständigen blieben eine Minderheit.“ (HÖLZL, S.59 in: BUND Naturschutz, 2013)

Der BN war ein sehr staatsnaher Verband und blieb dies auch nach dem 2. Weltkrieg. Es gab in dieser Zeit nur wenige, nicht erfolgreiche Versuche, diese Geschichte im sogenannten 3. Reich aufzuarbeiten. Der BN war auch durch die Tatsache, dass führende Mitglieder des BN-Beirates gleichzeitig führende Ministerialbeamte in verschiedenen Ministerien waren, nach wie vor durch eine erhebliche Staatsnähe gekennzeichnet. Zum Wandel kam es erst mit einem Wechsel im Vorstand, der von einer kritischen Gruppe herbeigeführt wurde, bei der Hubert Weinzierl 1969 zum Vorsitzenden gewählt wurde. Gemeinsam mit Helmut Steininger, der ebenfalls seit 1969 Landesgeschäftsführer war, und dem Autor, der seit Ende 1971 im BN engagiert war, gelang es innerhalb weniger Jahre, den Verband organisatorisch aufzubauen. Zum Modernisierungskurs gehört neben der Professionalisierung der Vereinsverwaltung auch der gezielte Ausbau des

Kreisgruppennetzes: In einer „historischen Grundsatzentscheidung“ entscheidet die Vereinsleitung 1972, die für das Vereinsleben nötigen Haushaltsmittel nicht mehr über die finanzielle Förderung des Staates, sondern möglichst vollständig über Mitgliedsbeiträge und Spenden zu decken, um die Unabhängigkeit des Verbandes zu sichern. Tatsächlich gelingt es durch die Gründung von fast 40 Kreisgruppen in den Jahren 1973 und 74 und den dadurch ausgelösten Mitgliederanstieg 1977 den Haushalt des Verbandes unabhängig von staatlichen Zuschüssen zu machen und auf diese Weise die Unabhängigkeit gegenüber Politik und Verwaltung zu erreichen.

Hand in Hand mit der zunehmenden Distanzierung des BN von Staat und Verwaltung geht die Öffentlichkeits- und Basisorientierung. Durch die Politisierung traditioneller Naturschutzthemen wie dem Biotop- und Artenschutz sowie neue inhaltliche Schwerpunkte - Umweltschutz, Ökologie, Verkehr, Atomkraft - gewinnt der BN in der Blütezeit der Bürgerinitiativen gerade bei jüngeren Menschen an Attraktivität.

Exemplarisch hierfür steht der sogenannte „Rottaler Wasserkrieg“, in dem Landwirte Widerstand gegen eine zentrale Trinkwasserversorgung leisteten: der BN setzte sich hier mit Landesgeschäftsführer Helmut Steininger als gebürtigen Landwirtssohn aktiv die Spitze einer breiten Bürgerbewegung. Entsprechend steigt die Mitgliederzahl bis 1979 auf über 32.000 Personen. Der BN reagiert damit auf die Rolle von Staat und Kommunen als Investoren, die damit Wegbereiter des rein quantitativen Wachstums werden.

Am 20. Juli 1975 macht die deutsche Umweltbewegung einen wichtigen Schritt: Unter maßgeblicher Beteiligung des BN wird im unterfränkischen Marktheidenfeld der „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND) gegründet (bis 1977 „Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland“), der sich zum führenden Naturschutzverband der Bundesrepublik entwickelt. Der BN ist nicht nur einer der mitgliederstärksten Landesverbände, sondern hat zudem lange Zeit den Posten des Vorsitzenden inne: Hubert Weinzierl 1983-1998, Hubert Weiger seit 2007. Weitere führende BN-Vertreter haben sich aktiv im BUND an führender Stelle eingebracht: Helmut Steininger als Schatzmeister, Lorenz Graf als Bundesgeschäftsführer und Dr. Gerhard Kneitz als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates.

Was sind nun die Erfahrungen, die über diese Verbandsarbeit und die Aktivitäten auf Landes- genauso wie im Rahmen eines neugegründeten Verbandes auf Bundesebene gewonnen wurden?

## Über politische Klugheit im Naturschutz

Wer im Rahmen des politischen Systems etwas bewirken will, muss Kenntnis von den demokratischen Prozessen haben: Was sind die Rollen der Parteien, was ihre Schwerpunkte und ihre spezifische Klientel? Was sind die Rollen und Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der Mandatsträger? Generell gilt, dass häufig das Wiederwahlinteresse größer ist als Sachinteressen und damit kurzfristiges Denken langfristiges Denken überlagert. Die Motivation der Mandatsträger ist zum einen ihr Macht- und Gestaltungswille, aber natürlich auch ihr legitimes Interesse, wieder gewählt zu werden. Wir als Naturschützer wissen, dass sich die Politik in einer Demokratie aus diesen Gründen auch nach gesellschaftlichen Mehrheiten richtet. Damit wird es zu einer wichtigen Aufgabe des Naturschutzes, in einer Demokratie gesellschaftliche Mehrheiten für seine Ziele herzustellen. Lobbyarbeit auf allen Ebenen dient der Durchsetzung dieser Ziele.

Beispiele, wo es gelungen ist, die gesellschaftliche Mehrheit für Naturschutzziele erfolgreich zu verändern sind:

- Agrogentechnik: Noch vor 20 Jahren gab es in Deutschland eine große politische Mehrheit für die Anwendung der Agrogentechnik. Heute gibt es eine große politische Mehrheit dagegen, nicht zuletzt weil 80% der Bundesbürger Agrogentechnik ablehnen.
- Waldwirtschaft: Durch intensivste Öffentlichkeitsarbeit ist es gelungen, dem Dauer- bzw. Plenterwaldprinzip gegenüber dem Altersklassen Wald bzw. der Kahlschlagswirtschaft eine politische Mehrheit zu verschaffen.
- ökologische Landwirtschaft wurde nur von wenigen Pionieren betrieben. Heute verlässt sie zunehmend die Nische, weil sie durch Nachfrage aktiv unterstützt wird.
- bäuerliche Landwirtschaft hat ein positives Image durch die Kritik an agrarindustrieller Produktion.

Diese Beeinflussung der öffentlichen Meinung, die daraus resultierende Veränderung der gesellschaftlichen Mehrheiten, was letztlich zum Erfolg veränderter politischer Rahmensetzungen führt, wird erreicht durch professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und Aktionen, Bündnisse und Transport der Themen in die Gesellschaft hinein. Ein gelungenes Beispiel hierfür ist das Engagement für die Erhaltung der frei fließenden Donau zwischen Straubing und Vilshofen. In 20 Jahren wurden über 200 überregionale, zum Teil jährlich wiederkehrende Veranstaltungen im betroffenen Gebiet durchgeführt: Fackeln an der Donau, politische Donau-Aschermittwoche, Donaufeste, Donauschifffahrten, wissenschaftliche Donaukongresse.

Der Erfolg stellt sich dabei nicht sofort ein, sondern es müssen „dicke Bretter gebohrt werden“ (Max Weber). Erfolg ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen, kontinuierlichen Arbeit nicht nur einzelner Pioniere, sondern unterschiedlicher, breiter gesellschaftlicher Bündnisse, die über die einzelnen Verbände hinausgehen, wie im Falle der Donau, wo das Engagement sich über mehr als 25 Jahre erstreckte. Ein aktuelles Beispiel, wie die öffentliche Meinung und die Belegung von Bildern gedreht werden kann, ist der Werbeslogan „Geiz ist Geil“: Durch wiederholtes Hinweisen auf die Perversität dieses Slogans wurde der Ausdruck „Geiz-ist-Geil-Mentalität“ langsam zum Schimpfwort.

Um die Mehrheiten zu verändern, muss man die Sprache der Bevölkerung sprechen. Man darf nicht in Fachjargon verfallen und bspw. beim Thema Agrarpolitik nicht von „FFH-Richtlinien“, „Lebensraumtypen“, „Wasserrahmenrichtlinie“, „Cross-Compliance-Maßnahmen“ oder „Greening“ sprechen. Man muss der Bevölkerung aus dem Herzen sprechen und sie dort abholen, wo sie Anknüpfungspunkte hat bspw. bei der Erhaltung der Landschaft oder des Landschaftsbildes.

### **Wie kann aber nun die Verknüpfung zur Politik erfolgen?**

Dies muss in erster Linie in der Arbeit vor Ort passieren. Die aktiven Naturschutzgruppen müssen sich sichtbar machen und zeigen. Der Naturschutz muss seine – im Falle des BUND rund 2000 – Basisgruppen als politische Botschafter nutzen. Sie müssen die Politiker einladen und sich für diese

präsentieren, so dass die Politiker verstehen, dass sich hier eine große Zahl von Menschen für eine Sache interessiert. Und dieses Interesse ist sogar so groß, dass sie sich ehrenamtlich dafür einsetzt! Kritische Hinweise an einen Politiker von Menschen aus dem eigenen Wahlkreis zu einem lokalen Problem kann ein Vielfaches mehr bewirken, als politische Gespräche auf allerhöchsten Ebenen. Daher ist die Aus- und Fortbildung der in der Regel ja wenig politisch-erfahrenen Basis der Naturschutzorganisationen die zentrale Aufgabe. Ein gelungenes Beispiel hierfür ist die Diskussion um die Erweiterung des Nationalparks Bayerischer Wald: Zuerst gab es Widerstand vor Ort, der sich vor allem auf die Borkenkäferproblematik gründete. Dann kam es zur Gründung einer Allianz vor Ort für die Nationalpark-Erweiterung, die Aktionen wie Demonstrationen etc. durchführte. Dadurch wurde die öffentliche Meinung bayernweit so positiv für die Erweiterung beeinflusst, dass die Bayerische Staatsregierung gegen die örtlichen Mandatsträger aus der eigenen Partei die Erweiterung mit einem Landtagsbeschluss durchsetzte.

Es geht aber nicht nur darum, innerhalb des eigenen Verbandes das politische Bewusstsein der Basis zu schärfen, sondern auch die Breite zu vergrößern, um den politischen Druck zu erhöhen.

### **Ein wichtiger Pfeiler erfolgreicher politischer Arbeit ist die Bündnisarbeit.**

So hat sich die Gründung von Bürgerinitiativen als ein erfolgreiches Instrument in Verbindung mit Großprojekten herausgestellt, um damit auch Menschen ohne Mitgliedschaft in Naturschutzverbänden die Möglichkeit zu geben, sich für ein Projekt zu engagieren. Beispiele hierfür sind die Aktivitäten an der Donau, im Hafenlohtal oder der BUND in Mecklenburg-Vorpommern.

Eine weitere Maßnahme ist die Bündnisarbeit zwischen Naturschutzverbänden. Das ist leichter gesagt als getan, denn es gibt immer auch eine Konkurrenz um Mitglieder, Finanzen, öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung, was die einzige Belohnung des Ehrenamtes darstellt.

Und schließlich ist eine Bündnisarbeit über die Naturschutzverbände hinaus notwendig: das Schließen sogenannter gesellschaftlicher Bündnisse. Hier gibt es positive Erfahrungen bspw. in Bayern bzgl. der Waldsterbensdiskussion, wo sich ein

breites Bündnis aus Gewerkschaften, Bauernverband, Waldbesitzerverband, Naturschützern und vielen mehr erfolgreich für Maßnahmen gegen den sauren Regen eingesetzt hat (Durchsetzung Großfeuerungsanlagenverordnung, bleifreies Benzin, Katalysatoren). Ein aktuelleres Beispiel ist 2009 das Bündnis des BUND mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund gegen die Atomkraft und für die Energiewende, das die Voraussetzungen für die Atomausstiegsbeschlüsse 2011 geschaffen hat. Erfolgreiche Bündnisarbeit wird auch in dem Bündnis von Naturschutzverbänden mit Tierschützern, sowohl konventionell als auch ökologisch wirtschaftenden Gruppen von Landwirten, Imkern, kritischen Verbrauchern, Entwicklungshilfe- und kirchlichen Gruppen für eine ökologischere Landwirtschaftspolitik geleistet. Ein Ergebnis davon ist die jährliche Demonstration zur Grünen Woche im Januar in Berlin, welche u.a. die zentrale Grundlage dafür gelegt hat, dass im Agrarindustrieland-Nr 1 Deutschlands, in Niedersachsen, diese Entwicklung gestoppt wurde. Eine weitere Möglichkeit stellt das Schließen von Bündnissen mit der Kommunal-, Landes- oder Bundespolitik dar. Dafür sollte man überparteilich offen sein, was aber natürlich nicht heißt, dass man unpolitisch ist.

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Bündnisarbeit ist ein gleichberechtigtes Miteinander und gegenseitige Wertschätzung. Ein Erfolg muss immer als ein gemeinsamer Erfolg von Partnern präsentiert werden. Die positive Zurückhaltung der eigenen Organisation ist damit ein Element der politischen Klugheit. Dabei darf es für den eventuell ehemaligen politischen Gegner und möglichen neuen Bündnispartner nicht nur Kritik geben, sondern man muss auch positive Antworten und Lösungen haben und auch loben, wenn bspw. politische Entscheidungsträger sich für unsere Anliegen einsetzen. Diese öffentliche Anerkennung ist im Falle von Politikern umso wichtiger, wenn sie dies aus einer Minderheitenposition heraus machen, weil sie damit ja gegen ihr Wiederwahlinteresse handeln, was auch zur Ausgrenzung in der eigenen Partei führen kann (Bsp. Umweltminister Söder und später Ministerpräsident Seehofer bei ihren Vorstößen zur Erhaltung der frei fließenden Donau).

Die Voraussetzung für erfolgreiche Kampagnen ist die Verknüpfung der fachlichen Arbeit mit der politischen Aktion, um über die öffentliche Meinung Druck auf die Politik zu machen. Fachlich muss natürlich immer seriös gearbeitet werden. Die Fachkompetenz des Naturschutzes alleine reicht aber nicht aus. Bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit müssen daher alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Lokale

Projekte müssen zu landesweitem Interesse führen, indem man sie mit anderen Regionen, Themen und Erfolgen verknüpft. Je bedeutender z.B. ein Bauvorhaben ist, umso relevanter ist es für die Politik. Unabhängig von der Gesetzeslage zeigt die Erfahrung aus der Praxis: Je schwächer der Betroffene ist, umso stärker wird das Naturschutzgesetz durchgesetzt. Am wenigsten stark wird es dort angewendet, wo der Staat selbst der Akteur ist. Aus diesem Grunde sind unabhängige Behördenstrukturen wie Landesämter notwendig, die im Naturschutz gängige Benehmensregelung muss in eine Einvernehmensregelung geändert werden usw. Solange dies aber noch nicht so ist, muss der Naturschutz über eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und über politische Aktionen seine Position als Akteur in der Öffentlichkeit stärken. Naturschutz ist dabei weniger skandalisierbar als Umweltpolitik und bedarf anderer Wege, um die Menschen zu erreichen. Der Naturschutz kann hier von der Vernetzung und erfolgreichen Lobbyarbeit anderer Akteure lernen.

Eine weitere Voraussetzung für eine erfolgreiche Natur- und Umweltschutzarbeit ist die fachliche Arbeit gepaart mit der Ausschöpfung rechtlicher Möglichkeiten. Dazu gehören fachlich gut begründete Klagen gegen Planungsverfahren, die den Naturschutz missachten, gegen intransparente Behördenentscheidungen oder auch der Widerstand gegen Großprojekte wie den Autobahnbau.

## **Fazit**

Politische Klugheit im Naturschutz heißt:

- Nutzung der Chancen, die die Demokratie bietet zur Durchsetzung allgemeiner Ziele (Beispiel: Atomausstieg)
- Eintritt für Bürgerbeteiligung, auch wenn dies keine Einbahnstraße ist und unter Umständen auch gegen den Naturschutz ausgehen können. (S. hierzu BUND-Position Nr. 3 „Sechs-Punkte-Programm: Ausbau und Effektivierung der Bürger und Verbandsbeteiligung“)
- Ausbau der Elemente direkter Demokratie (s. GG Art. 20 (2): Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.) Gerade die Erfahrungen im Bundesland Bayern mit der Möglichkeit der Durchführung von Volksbegehren, womit u.a. auch die

kommunalen Bürgerbegehren durchgesetzt wurden, sind ein sehr guter Beleg dafür, wie durch Elemente der direkten Demokratie umweltpolitisches Bewusstsein zum Tragen kommt. Beispiele sind die erfolgreichen Bürgerentscheide gegen die Winterolympiade in München, Garmisch-Partenkirchen und den beiden Landkreisen Traunstein und Berchtesgadener Land.

- Sicherung des Föderalismus, Sicherung des Medienvielfalt (öffentlich-rechtlicher Rundfunk)
- Aus- und Fortbildung des Haupt- und Ehrenamtes in den Bereichen:
  - Kommunikation / politische Arbeit
  - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
  - Gruppenprozesse
  - Verknüpfung des Naturschutzes mit Kunst und Kultur (Akademien für politische Bildung im Naturschutz: Akademische Werbung für den Naturschutz)
- Einsatz für die Bürgergesellschaft: Information, Diskussion, Partizipation auf allen Ebenen
- Demokratie lernen, leben und erfahren – innerhalb und außerhalb des Verbandes

Auch aus der Geschichte des BN im 3. Reich ergibt sich heute für den Naturschutz: Wer sich im Naturschutz engagiert, hat die besondere Verantwortung, demokratische und partizipatorische Verfahren der Bürgerbeteiligung einzuhalten und sich dafür einzusetzen, da Naturschutz das Potential hat, sich auch als Werkzeug diktatorischer, imperialer Herrschaft missbrauchen zu lassen. Es ist daher absolut folgerichtig und konsequent, dass Naturschützer heute die Speerspitze der Bewegung gegen Beschleunigungsgesetze, gegen den systematischen Abbau von Bürgerrechten in Planungsverfahren und für den Schutz umfassender Rechte von Betroffenen und Bürgern sind!

Quellen:



BUND Naturschutz (2013): 100 Jahre BUND Naturschutz in Bayern, BUND  
Naturschutz Forschung Nr. 11, Nürnberg